

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochens Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Gekloppelte Petitseite oder deren Raum 15 Pfg., die Gekloppelte Reklameseite 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg., für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholungen unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10,— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 112

Donnerstag, den 25. September 1930

32. Jahrg

Grundstücksverpachtung.

Freitag, den 26. September, um 16 Uhr, sollen die **Strentsch-Grundstücke** an Ort und Stelle öffentlich verpachtet werden.

Kemberg, den 22. September 1930.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* In der **Comjeunion** ist eine gegenrevolutionäre Schützlings- und Spionageorganisation aufgebaut worden, die angeblich von einer englischen Firma finanziert worden ist.

* Der **staatslose Außenminister Januzis** hat ein im Vorverlehen des Reiches betreffs der deutschen Botschaftszone an den Generaldirektor des Völkervertrages gerichtet.

* Die Beratungen des **Reichsfinanzministeriums** zur Ausgestaltung des Sanierungsprogramms beschäftigen sich in der Hauptsache mit dem Haushaltsdefizit des Reiches, der auf 800 Millionen bis 1 Milliarde Mark geschätzt wird.

* Gegenüber alarmierenden Nachrichten in der Presse über **Waffen** des Reiches, die sich im Ausland befinden, erklärte der Reichsminister für den Handel, daß kein Grund zur Besorgnis vorhanden sei.

Handelsunföhen-Verbilligung

Weit mehr als jemals in der Vorkriegszeit spielen heute die Kosten, die die Kreditgewährung an die Kunden dem Einzelhandel verursacht, eine für die Preis- und Unkostenentwicklung des letzten Warenvertriebs maßgebende Rolle. Je schwächer die Kaufkraft des Publikums wird, desto härter tritt an den Einzelhandel die Forderung heran, ihm Ratengeschäften zuzubilligen. Diese Ratengeschäftsgewährung ist ein erhebliches Risiko für die Geschäfte in sich, ohne daß durch eine Verzinsung ein Ausgleich für dieses Risiko herbeizuführen wäre. Denn wo wäre es bisher im Einzelhandel üblich, daß der Verkäufer dem Käufer eine Verzinsung der Ratengeschäfte vorzuschläge? Die Zinslast, soweit aus Bankkrediten der Einzelhändler die Gewährung von Kundenkrediten finanziert, bleibt auf ihm hängen, und er muß sie, will er lebensfähig bleiben, in den Warenpreis einmalkulieren. Da aber die Markt oder der Großhändler dem Einzelhändler keineswegs ad infinitum Kredit gewährt, die Ratengeschäfte der Kunden aber erfahrungsgemäß zu einem nicht unerheblichen Teil nach einiger Zeit einfrieren, so werden die Betriebsmittel des Einzelhändlers immer knapper, und es fehlen ihm mit der Zeit die zum billigen Großverkauf erforderlichen Kapitalien. Er muß sich jetzt bei seinen Einkäufen nach der Decke strecken und ungünstigere Bedingungen eingehen als der Konkurrent, der noch über ausreichende flüssige Mittel verfügt. Es werden somit infolge der Kundenkreditierung die Einkaufspreise für den Einzelhändler größer, so daß die Kundenkredite zum zweiten Male verteuert auf den Warenpreis einwirken.

Angehts dieser Verhältnisse im Einzelhandel und der volkswirtschaftlich bedauerlichen, aber dennoch unzulässigen Zunahme der Kreditbeanspruchung durch die Konsumenten hat man sich nach einem System umgesehen, das den Notwendigkeiten der Zeitgeist Rechnung trägt, ohne die preisversteuernden Wirkungen der unorganisierten Kundenkredite zur Folge zu haben. Die beste Lösung, die bisher gefunden wurde, stellt das System der Kreditgemeinschaften dar, zu dem sich die sämtlichen Einzelhandelsbetriebe zusammenschließen, um einerseits das Risiko möglichst gering zu halten, andererseits die Kreditierung sowohl nach der gebenden wie nach der nehmenden Seite hin zu organisieren. Die Kreditgemeinschaft unterhält einen kleinen und billigen Zentralapparat am Orte, bei dem die Erfahrungen, die mit Kreditfunden von den Einzelhandelsbetriebe der Gemeinschaft gemacht worden sind, gesammelt werden. Bei dieser Zentrale erkundigt sich der Einzelhändler, wenn ein Kunde auf Ratengeschäft kaufen will. Die Erkundung vollzieht sich diskret, und in wenigen Stunden erfolgt die Auszahlung der Ware, nachdem der Käufer zuvor eine Anzahlung geleistet hat, die mindestens 10 Prozent betragen muß, praktisch aber freiwillig in Höhe von durchschnittlich 30 Prozent geleistet wird. Die Ratengeschäfte werden auf 5 Monate verbauert; es sei denn, daß es sich um langfristige Gegenstände handelt, bei denen Fristen von 12 bis 24 Monaten eingeräumt werden. Die Ratengeschäfte werden sämtlich der Gesellschaft für Finanzierung von Kreditgemeinschaften abgetreten, die ihrerseits den Kaufpreis mit 75 Prozent unverzüglich dem Einzelhändler bewilligt. Sie belohnt auch die Einziehung der Forderungen. Ihr Einzell besteht in einem Zinsfuß von 1 Prozent je Monat, der auf den Warenpreis auf-

geschlagen wird. Da, wie jetzt schon die Erfahrungen ergeben, der Kunde an die neutrale Zinssatz hervorragen bezahlt, weil diese sich nicht in einer Abhängigkeit von ihm befindet wie der Einzelhändler, der ihn als Kunden bezahlen will und muß, und da ferner der Kunde, der gleichwohl schließt bezahlt, auf die Sperrliste der örtlichen Kreditgemeinschaft gesetzt wird, also nirgendwo mehr Kredit erhält, so fällt das Risiko für den Einzelhändler fort und damit auch der Risikozuschlag für den Kunden. Andererseits hat der Einzelhandel stets laufende Mittel. Eine zeitweilige Verknappung tritt durch die Kundenkreditierung nicht ein, weil alsbald 75 Prozent des Kredits dem Händler wieder zur Verfügung stehen. In seinen Einkaufsmöglichkeiten ist infolgedessen das Mitglied der Kreditgemeinschaft nicht beschränkt. Es kann vielmehr seine Kapitalflüssigkeit zur Einkaufsverbilligung ausnützen und damit wiederum den Kundenkreis geringer halten.

Aus den Städten, in denen nach diesem System gearbeitet wird, verläutet, daß es sich ausgezeichnet bewährt. Immer weitere Kreise des Einzelhandels schließen sich ihm infolgedessen an. Von der Volkswirtschaftswissenschaft wird es lebhaft begrüßt, weil man von ihm erwartet, daß es den unorganisierten und gefährlichen Zuständen auf dem Gebiete der Kundenkreditierung mit der Zeit ein Ende bereitet, vor allem aber sich preisversteuernd auswirkt, das heute mit allen Mitteln und mit aller Entschiedenheit auf der ganzen Linie anzutreiben ist.

Die Kabinettsberatungen.

Der neue Fehlbetrag.

Berlin, 24. September.

Im Mittelpunkt der Kabinettsberatungen, die zur Ausgestaltung des Sanierungsprogramms begonnen haben, stehen Erörterungen über den neuen Haushaltsfehlbetrag des Reiches.

Den Fehlbetrag, der trotz der letzten Steuererhöhungen infolge rückläufiger Einnahmen, vor allem aber infolge des starken Steigens der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung entstanden ist, schätzt man an zehntausender Stelle auf mindestens 400 Millionen Mark. In all unerschöpflichen Kreisen ist von der Auffassung, daß diese Schätzung stark unter der tatsächlichen Ziffer liegt und daß mit einem Minus von 800 Millionen bis eine Milliarde Mark gerechnet werden muß.

Angehts dessen besteht der Reichsfinanzminister natürlich mit besonderem Nachdruck darauf, den Unsicherheitsfaktor, den die Arbeitslosenversicherung gegenwärtig für den Reichshaushalt darstellt, durch grundlegende Reformen an der Versicherung zu beseitigen, und zwar denkt man dabei in den Kreisen um Dr. Dietrich in erster Linie an die Bildung von Gefahrengemeinschaften.

Neben dem Fehlbetrag des Reiches wird sich das Reichskabinettsrat mit den Haushaltsfehlbeträgen bei den Ländern und vor allem bei den Gemeinden zu beschäftigen haben, die für die endgültige Gestaltung der Finanzreform und des Finanzausgleichs von nicht geringer Bedeutung sind.

Bei den Gemeinden ist die kurzfristige Verschuldung im Laufe des letzten halben Jahres rasant gestiegen. Sie wird von Kennern der Verhältnisse

auf 3,5 bis 4 Milliarden Mark

geschätzt. Ohne planmäßige Tilgung bzw. Konsolidierung dieser Schulden wird eine Sanierung der Gemeindefinanzen nicht denkbar sein. Die Gemeinden stehen auf dem Standpunkt, daß die Steuern, die ihnen die letzte Novellierung des Reiches überlassen hat — Gemeindegrenzfesteuer und Bürgersteuer —, zur Deckung der laufenden Ausgaben für Wohlfahrtszwecke nicht ausreicht und daß das Reich neue Mittel hierfür zur Verfügung stellen muß, wobei man in den Gemeinden in erster Linie an eine wesentliche Erweiterung der Kreisrenten denkt.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal festgehalten werden, daß der Reichsfinanzminister unter allen Umständen jede zusätzliche steuerliche Belastung der Wirtschaft zu vermeiden wünscht. Lediglich in der Frage des Rauchsabats und der höheren Besteuerung der Zigaretten ist er zu gewissen Zugeständnissen bereit, die allerdings steuerlich nicht sehr zu Buche schlagen werden.

Lebte Sensationsmache.

Kein Grund für Panikm Stimmung.

Berlin, 24. September.

Mit den **Volkenwirtschaflichen** Deviationsstand der Reichsbank gelangen — Gefährliche Kredite — Geldheute Anleihen hält es wiederum ein Berliner Mitteilungsblatt für notwendig, die Öffentlichkeit darauf zu warnen, daß das Wahlergebnis im Wirtschaftskreis und auf dem Finanzmarkt über Folgen gehabt hätte.

Die Tatsache, daß die Reichsbank Goldabgaben nach Frankreich vorgenommen hat, war längst bekannt. Gegenüber der Behauptung, daß der jurezt in Berlin wohnende Generaldirektor Minor von der General Electric Anlei-

verhandlungen mit der ZEG. gepflogen habe und daß diese Verhandlungen infolge des Wahlergebnisses als gescheitert zu betrachten seien, wird mitgeteilt, daß Generaldirektor Minor hier mit Herren der ZEG. Besprechungen allgemeiner Natur gepflogen hat. Finanzfragen sind hierbei nicht erörtert worden, und die Behauptung, daß Anleiheverhandlungen gepflogen oder gescheitert seien, ist völlig aus der Luft gegriffen. Ebenso erfindet sich nach Auskunft von zuständigen Stelle die Behauptung des Mitteilungsblattes, daß Anleiheverhandlungen der Mercedes-Benz-Werke abgebrochen seien. Derartige Behauptungen haben überhaupt nicht stattgefunden.

Die Sitzung des Reichsfinanzministeriums.

Keine weitere Ausgestaltung des Zigarettenmonopols.

Berlin, 23. September.

Mit der ersten Beratung der Referentenentwürfe, die auf Grund des vor einigen Wochen veröffentlichten Reformprogramms in den Referats ausgearbeitet worden sind, beginnt das Reichsministerium die nächste Sitzung.

In diesem Zusammenhang sind neuerdings Meldungen ausgefallen, daß die Reichsregierung das Zigarettenmonopol erneut zu einer stärkeren Finanzierung des Haushaltsbedarfs heranzuziehen gedenkt. Von zünftiger Seite werden diese Mitteilungen energig dementiert.

In unrichtigen Kreisen nimmt man an, daß die Meldungen über eine weitere Ausgestaltung des Zigarettenmonopols von dem am Monopol selbst interessierten Stellen lanciert worden sind. Das Kabinettsrat ist sich gänzlich dahin einig, daß trotz der starken finanziellen Anforderungen des bevorstehenden Winters die Steuerheben nicht mehr angesehen werden soll. Immerhin tragen sich gewisse Kreise, die der Regierung nahestehen, mit der Möglichkeit, entsprechend der schärferen Besteuerung der Zigaretten am Rauchsabat und Zigaretten nichtigfalls noch mehr zu belasten.

Zur Frage der Hauszinssteuer, die im Mittelpunkt der beachtlichsten Finanzreform steht, verläutet von unrichtiger Seite, daß die Zufassungen innerhalb des Kabinetts hierbei noch nicht völlig einheitlich sind. Insbesondere ist man sich noch nicht völlig darüber im klaren, wie man ungünstige Rückwirkungen auf den Baumarkt, die bei einer stärkeren Verwendung der Hauszinssteuer für allgemeine Verwaltungszwecke auf Grund des jetzigen Systems eintreten müssen, vermeiden kann.

Gedacht ist u. a. daran, die für Baumaße weiter zur Verfügung stehenden Hauszinssteuererträge etwa in der Form von Zinszuschüssen usw. zu gewähren. Jedoch sind über diesen Punkt die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Auch in der Frage der Arbeitslosenversicherung und ihrer Ausgestaltung sind die Meinungen innerhalb des Kabinettsratens geteilt. Während der Finanzminister aus nachfolgenden tatsächlichen Gründen die Begrenzung der für den Reichshaushalt ermasenden Belastung in ihrer absoluten Höhe fordert, legt man im Reichsfinanzministerium Wert darauf, die gegenwärtige Rechtsgrundlage der Arbeitslosenversicherung mindestens so lange beizubehalten, als die Erwerbslosigkeit in ihrem jähigen außergewöhnlichen Maß vorbesteht.

Ein erwägenswerter Vorschlag

Wohlfahrtszwecke und Gemeinden.

Berlin, 24. September.

Zwei führende Kommunalpolitiker, Dr. Gätner, der Oberbürgermeister von Donaubrück, sowie Dr. Fischer, der Stadtkämmerer von Frankfurt am Main, nehmen zu der dringenden Sorge der Gemeinden, dem Problem der Wohlfahrtszwecklosen, Stellung. Beide Kommunalpolitiker treffen sich in der gleichen Erkenntnis, daß die Arbeitsbeschaffung für die Wohlfahrtszwecklosen, so wichtig die durch sie verfolgten arbeitswirtschaftlichen Ziele sind, umso weniger aufrecht erhalten bleiben kann, als schon jetzt zahlreiche Gemeinden mit kurzfristigen und langfristigen Krediten überaus stark in Anspruch genommen sind und ihren Haushaltsplan mit außerordentlichen Zins- und Amortisationsbeträgen belastet haben.

Die neu erschlossenen Steuerquellen der Gemeinden, Bürgersteuer, erhöhte Biersteuer und Gemeindegrenzfesteuer werden zwar grundsätzlich begrüßt, in ihrer finanziellen Wirkung aber aus verhältnismäßig Gründen als unzureichend erachtet. Deshalb schlagen die mit dem Deutschen Städteverband übereinstimmenden Forderungen dieser beiden Kommunalpolitiker dahin aus, die Fürsorge für die Wohlfahrtszwecklosen den Gemeinden völlig abzunehmen und stattdessen die Kreisrenten für eine unbegrenzte Zeit und auf alle Berufsgruppen auszuheben.

Das bedeutet praktisch, daß an die Stelle der Gemeinden das Reich mit der Fürsorgepflicht für die Wohlfahrtszwecklosen betraut wird, zunächst also nur eine Beschlebung der finanziellen Belastung. Die Gemeinden müßten in die Lage versetzt sein, die frei werdenden Beträge des Wohlfahrtszwecklosen zur Entlastung der Kreisrenten zu verwenden, während das Reich auf die Erschließung neuer Steuerquellen zur Deckung des ausfallenden Finanzbedarfs

Im Wohlfahrtsrat verzögert könnte, wenn diejenigen Reformvorläufe endlich zur Durchführung gelangen, die seitens der Wirtschaft zu dem Gesamtplan der Erwerbslosenfürsorge gemacht worden sind.

Es wird Aufgabe des neuen Reichstages sein, diese Frage immer klarer kommunaler Finanzverhältnisse infolge des Anwachses der Wohlfahrtsverhältnisse sorgfältig zu prüfen. Er sollte dabei an den Vorschlägen des Deutschen Städtetages ebenso wenig vorbeigehen, wie an den Forderungen der Wirtschaft zur Reform der Arbeitslosenversicherung.

Zusammenstoß Curtius — Zaleski.

Briand vermittelt.

Genf, 23. September.

Die Verhandlungen im politischen Ausschuss des Völkerbundes in der Minderheitenfrage nahmen unerwartet eine Wendung, die fast an den bekannten Luganer Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Zaleski erinnerte.

Der polnische Außenminister betonte in ironisch und höflich gehaltenen Ausführungen, es sei ihm völlig unerträglich, warum die deutsche Abordnung als länder Ratsmandat die Minderheitenfrage vor die Völkerbundesversammlung bringe. Für diese Frage bestünde die ausschließliche Zuständigkeit des Völkerbundes. Zu den Erklärungen des Abgeordneten Koch-Weser, die Mehrheit des Ausschusses trete für die Gehörverweigerung der Deutschen ein, müsse er feststellen, daß die Mehrheit des Ausschusses den deutschen Standpunkt ablehne. Er freue sich jedoch über gewisse Wandlungen, die in dieser Frage in letzter Zeit in Deutschland eingetreten seien. Zaleski richtete weiter an die deutsche Abordnung die dringliche Aufforderung, sich unumwunden zum sofortigen Abschluß eines Minderheitenschutzvertrages bereit zu finden und sich selbst dem bestehenden Minderheitenverfahren des Völkerbundes zu unterwerfen. Die Erklärungen des polnischen Außenministers wurden in einer stark nervösen Atmosphäre mit außerordentlicher Spannung aufgenommen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

ergriff sofort das Wort in deutscher Sprache zu einer mit großer Ruhe vorgetragenen Erklärung. Die deutsche Abordnung habe ihre Entschlossenheit als Grundlage für den Bericht des Ausschusses in der Völkerbundesversammlung eingebracht und hoffe, daß in vertraulichen Besprechungen eine einheitliche Stellungnahme des Ausschusses erzielt werden könne.

Es liege im allgemeinen Interesse des Friedens und des Völkerbundes, daß die Definitivität möglichst weitgehend über die Tätigkeit des Völkerbundes in der Minderheitenfrage unterrichtet werde. Man habe sich in Madrid nicht vorgestellt, daß die dort beschlossene Statistik so mager und dünn und nichtsagend ausfallen würde, wie dies jetzt geschehen sei.

Der Reichsaußenminister wandte sich sodann gegen die von dem griechischen Außenminister vorgetragene These der Auffassung der Minderheiten und erklärte, er habe sich außerordentlich gewundert, daß diese längst abgetane Auflassungstheorie jetzt von neuem auflebe.

Der Vergleich mit der in Amerika stattfindenden Auflassung müsse aufs schärfste abgelehnt werden. In Europa handele es sich um große, geschlossene, lebendige und bodenständige nationale Gruppen, die mit allen Fasern ihres Herzens an ihrer Religion, Sprache und Kultur hängen, die sie in jahrhundertlangem Kampf verteidigt haben.

Die an ihn von dem polnischen Außenminister gerichtete Frage, ob Deutschland zur Ausdehnung der Minderheitenschutzverträge über die gegenwärtig durch sie gebundenen Staaten hinaus bereit sei, denke er in keiner Weise zu verneinen, er glaube jedoch, daß eine solche Ausdehnung nur im Kreise der europäischen Mächte stattfinden könne.

Er müsse jedoch ausdrücklich feststellen, daß die Minderheitenschutzverträge in den Friedensverträgen den neu gegründeten Staaten als ein Serwitut auferlegt wurden, ohne daß sie überhaupt nicht ins Leben getreten wären. Wenn es jedoch zu keiner allgemeinen Minderheitenregelung kommen sollte, so werde auch Deutschland nicht gezwungen sein, an den bestehenden Zuständen in Deutschland etwas zu ändern.

Auf schwankem Grund.

Roman von S. A. B. I.

29. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Nun —?“ forderte sie noch einmal heraus. Zunächst wurde nur ein schwerer Atemzug vernommen, dann sagte Semler:
„Wenn einer krank ist, sollte man da nicht Geduld mit ihm haben?“ Es klang müde, traurig.
Sie hatte anders erwidert, andere Worte, einen anderen Ton. Ihre Haltung wurde unruhiger, aus ihren Augen schwand der heilige Ausdruck und nun lag sie da, über seinen Ängsten ein taubler, blauer Schein lag. Wachte und wachlosig, er hatte sich gedrückt. Unruhig bewegte sich ihr Kopf hin und her. Warum hatte er ihr nicht schon lange gelagt und gezeigt, statt daß er sie wochenlang durch heimliches Mißtrauen und Auspaffen gepinigt und gereizt hatte.
„Fräulein,“ sagte er wieder mit dem mildesten Ton, „ich qual' dich, aber mich selber qual' ich doch noch mehr.“
Ein paar Sekunden blieb es still, dann schloßte sie laut auf.
„Ja doch, ja doch, aber ich bin doch auch nur ein Mensch.“
Als Frau Dietrich nach einer Weile in die Stube kam, lagen die beiden ganz stille Hand in Hand. Gott sei Dank, so würde es doch wenigstens kein gestörtes Weihnachtsfest geben.

XIII.

Der Weihnachtsabend in der Dahlingerden Wohnung war genau so feierlich gefeiert worden, wie Felix Rabmus es sich erwünscht hatte. Am ersten Feiertag tanzten sie alle, der Studios eingeschlossen, der zum Fest wieder heimgekommen war, nach Lichterfelde hinaus. Es war die erste richtige Einladung, die Rabmus, der Vater, an die lästige Schwiegermutter und deren Eltern hatte erfragen lassen. Bis her war nur ein einmaliger Besuch im Winter, und herüber gemacht worden. Von ihren

Die Ausprüche hat einbeinig ergeben, daß sich die gegenwärtigen Staaten in keiner Weise geneigt zeigen, auf irgendeinem Gebiet Entgegenkommen zu zeigen, und jede Abänderung des gegenwärtigen Minderheitenverfahrens abzulehnen. Am Schluß ergriß als deren Vorsitzender nachmals der französische Außenminister Briand das Wort zu einer fast einmündigen Rede, in der er offensichtlich verächtliche, die gespannte Atmosphäre zu mildern.

Er begrüßte die deutsche Abordnung zu dem Geiste des Entgegenkommens, den sie bisher gezeigt habe, und unterstrich, daß der deutsche Antrag nur als eine Anregung, nicht als ein formeller Entschlußentwurf eingebracht worden sei.

Der Völkerbund habe „im Rahmen der bestehenden Verträge“ seine Aufgaben voll erfüllt. Dieser deutsche Vorwurf sei daher ungerecht. Eine Abänderung der Madrider Beschlüsse lehnte Briand weiterhin als verfrüht ab.

Zaunius gegen Curtius.

Ein im Ton verletzendes Schreiben an den Völkerbund.

Genf, 24. September.

Der litauische Außenminister Zaunius hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem er feststellt, daß die litauische Regierung an sich durchaus die Gelegenheit begrüßt, vor dem Völkerbundsrat die notwendigen Auskünfte über die von der deutschen Regierung beanstandeten Verwaltungsmaßnahmen geben zu können.

Der deutsche Außenminister habe es jedoch nicht für notwendig gehalten, die Bestimmungen des Artikels 17 der Memelkonvention einzuhalten, wie er nach dem Bericht der Justiz vom Völkerbundsrat am 20. September 1926 angenommen worden sei. Anstatt Beweise zur Stützung seiner Anträge zu bringen, habe Dr. Curtius sich damit begnügt, beim Völkerbundsrat zwei Beispiele von einigen Personen zu übermitteln, die zwar im Memelgebiet wohnen, die es jedoch vorgezogen hätten, anonym zu bleiben.

Diese Beschwerden dürften nach Auffassung der litauischen Regierung in keinem Falle Gegenstand von Verhandlungen im Völkerbund sein. Da das Reichsmandat kein Bruch der Konvention von Paris den Angehörigen dieses Teiles von Litauen verleihe, sei Zaunius erklärt am Schluß seines Schreibens, zu seinem höchsten Bedauern sehe er sich gezwungen, den Antrag der deutschen Regierung, diese Frage auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates zu setzen, abzulehnen zu müssen.

Es bedarf keines Feinmeines, daß dieses Schreiben der litauischen Regierung sowohl ihrer Form wie dem Inhalt nach völlig unzulässig ist. Die Reichsregierung hat auf Grund des Memelstatuts das Recht, jeden Bruch der Memelkonvention durch die litauische Regierung vor den Völkerbundsrat zu bringen. Hierüber besteht nirgends auch nur der geringste Zweifel. Der allgemein erwartete Verlust der litauischen Regierung, sich der Verhandlung der Memelangelegenheiten vor dem Völkerbundsrat durch formale Hinweise zu entziehen, dürfte jedoch kaum Erfolg haben, da die in der Beschwerde angeführten Tatsachen bereits seit Jahren bekannt sind und keinerlei neue Tatsachen vorliegen, die eine besondere Unterlegung durch den Völkerbundsrat notwendig machen. Die Reichsregierung wird daher die sofortige Eröffnung der beiden Hauptbestimmungen: parlamentarische Bildung des Direktiviums und Unterlassung aller Wahlbeeinflussungen in den Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat fordern.

Friedliche Konfliktlösung.

Dr. Brechtel in der Abrüstungsausschuss.

Genf, 24. September.

Im Abrüstungsausschuss der Völkerbundesversammlung wurde das Abkommen über Kriegsverhütungsmassnahmen erörtert. Die deutsche Abordnung hat einen Änderungsantrag eingebracht, wonach der Verbund bei drohender Kriegsgefahr auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundespaktes eine Zurückziehung der bereits in das feindliche Gebiet oder in die entmilitarisierten Zonen eingedrungenen Truppen fordern könne, die auf eine bestimmte Entfernung von der Grenze gebracht werden müssen, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Dr. Brechtel gab zur Begründung dieser deutschen Anträge eine Erklärung ab, daß der deutsche Vorschlag die bisherigen Gegenstände in dieser Frage beibehalten und den

Wohlfühl eines Abkommens auf dieser Vollversammlung des Völkerbundes ermöglichen solle. Der deutsche Vorschlag habe den Zweck, zu verhindern, daß die Gewehr von selbst losgehen. Wenn die Regierungen von guten Willen bezeugt seien, einen Konflikt in friedlicher Weise zu regeln, so könnten sie nicht wünschen, daß die Militärs diesen guten Willen sabotieren.

Die deutsche Abordnung wolle aus der Erfahrung des Weltkrieges, mit welcher großen Beschleunigung Militärs zu Maßnahmen greifen, die folgenschwere Gegenmaßnahmen zur Folge haben könnten. Falls eine Einigung nicht zustande käme, so müsse der Abschluß des Abkommens dem Völkerbundsrat selbst übertragen werden.

Roch-Weser über die Mandatsgebiete.

Im Politischen Ausschuss legte Roch-Weser den deutschen Standpunkt zur Mandatspolitik dar. Der Mandatsauschuss, sagte er, lagte er, dafür sorgen, daß auch durch die Praxis der Verwaltungsbörden keinerlei schlechtere Behandlung einzelner Staatsangehöriger in den Mandatsgebieten vorkomme. Die Selbstbestimmungsprinzipien müsse entsprechend den Verträgen angewendet werden.

Zu der Frage der engeren Verbindung zwischen dem Mandatsgebiet Tanganja und den benachbarten englischen Kronkolonien wies Roch-Weser auf die Erklärung Dr. Stresemanns hin, daß das Mandatsgebiet Tanganja entsprechend dem Mandatscharakter der Charakter einer selbständigen Einheit unter allen Umständen beibehalten müsse.

Es sei zunächst Sache des Mandatsauschusses, eine eingehende Prüfung der Stellungnahme der englischen Regierung in dieser Frage vorzunehmen.

Die Zellenbildung bei der Reichswehr

Der Projekt gegen die Ulmer Offiziere.

Esipzig, 24. September.

Zu dem Projekt gegen die unter der Anlage des verletzlichen Hochperrats stehenden nationalsozialistischen Reichswehroffiziere, der vor dem vierten Straßentag des Reichstages begann, sind im Laufe der Zeit erschienen, daß sogar die Galerien des großen Verhandlungsraumes freigegeben werden mußten. Der für die Verhandlung aufgeborene politische Schutz ist außerordentlich stark. Nicht nur der Hauptredner, sondern auch die Teilnehmer des Verhandlungsausschusses stehen unter Beobachtung und Kontrolle, auch die Korridorfreizugung wird bewacht.

Die Angeklagten, auch die beiden aktiven Reichswehr-offiziere Lubin und Schering, sind in Zivil erschienen. Die lange Unterdrückung hat sie höchlich mitgenommen. Für den ersten Verhandlungstag sind 20 Tage geladen. Für die Presse, die durch zahlreiche Berichterstatter, auch ausländische, vertreten ist, sind besondere Anordnungen getroffen.

Die Angeklagten Schering und Lubin waren nach dem zur Beurteilung liegenden Tatbestand der Ansicht, daß unter den derzeitigen politischen Verhältnissen in Deutschland der Geist der Wehrhaftigkeit in Heer und Volk nicht genügend gefördert würde; eine Erneuerung des Geistes in der Reichswehr erschien ihnen notwendig. Sie hätten beschlossen, mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Fühlung zu nehmen, weil sie glaubt hätten, daß diese Partei am besten die Verwirklichung ihrer Absichten durchsetzen vermöge. Nach einer Zusammenkunft mit Führern der Partei beschloß man, in der man übereingekommen sei, daß in erster Linie das Offizierskorps der Reichswehr im Sinne der nationalsozialistischen Ideen politisiert werden müsse, sei der dritte Angeklagte, Oberleutnant a. D. Wendt, in die Pläne eingeweiht worden. Es habe dann eine stille Propaganda-tätigkeit durch die Angeklagten begonnen.

Nach der Anlage ist das Bestreben, den Offizieren der Reichswehr die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland als besonders frohlos sichtbar zu machen, Verletzung und damit Vorbereitung zum Hochverrat. Den Angehörigen der Reichswehr ist durch Erlaß des Reichsverministers ausdrücklich verboten, eine Befähigung auszuüben, die auf eine Änderung der Verfassung zielt.

Schöber vermittelt.

Wien, 24. September. Bundeskanzler Dr. Schöber hatte Besprechungen mit den Wehrparteiern wegen der Kabinettsaufstellung im Hinblick auf die Verfassungsentwürfe vorgenommen, und man hofft, den Konflikt auf friedlichem Wege beizulegen, jedoch wurde bis jetzt noch keine Einigung erzielt. Von einem entscheidenden Kabinettsrat erwartet man, daß er eine Klärung der Sache bringen wird.

„Dach ich mir's doch beach, daß der dahinter steckt. Warum halt du den Kerl nicht schon lange abgeschafft? So ein Schnüffler und Auspaffer. Sag' ihm doch zum Teufel, statt daß du dir auf die Finger auch gibst.“

„Es entfallt eine Pause. Jeden drängte es, den gehörten Worten einen harmlosen Sinn zu geben und aus einem fatalen Gefühl heraus mußte Felix recht, was er sagen sollte. Nur einmal fing er wie auf Kommando alle durcheinander zu reden an. Nur Eith' schweig und lauschte mit allen Sinnen. Was hatte Felix? Warum hatte er nicht noch in des Vaters Worte hingemurmelt: „Ich tue nichts, wobei ich das Aufpassen zu scheuen hätte.“

„Statt dessen meinte er lachend: „Ich glaube, es wird Zeit, daß wir die Plätze wechseln, sonst burgunderst ich hier wieder die Nacht herein.“

„Angenehm — Worte unter dem Einfluß des Weines hingehört — nicht ernst zu nehmende Worte — war's wirklich an dem? Ein Brennen war in ihrem getreubaus gerichteten Blick.“

„Soll ich dir ein Fernglas holen, falls deine beiden Augen nicht weit genug reichen?“

Felix trankte es und sah die Brandt steil an. Sie fuhr zusammen und klarrte in sein Gesicht. „Wah' ein eiferner Reiter begann sich's ihr um an den Kopf zu legen. In den Schlafen tat er ihr weh und an der Kehle sah ihr ein trampelndes Gefühl. Sie hätte seine Hände gefaßt. Sie sah aus Herz drücken mögen.“

„Warum siehst du mich so an? Was glaubst du aus mir herauszuleiten? Nichts hab' ich gedacht. Mit meines Gedankens Hauch dir ein Unrecht getan!“

Und doch — und doch — brennendes Schuldbewußtsein führte über sie hin. Sie tat unredt an ihm. Sie deutete, tätselte an ihm. Sie lauschte, lauerte auf seine Worte.

(Fortsetzung folgt.)

Wie Wessel gemordet wurde.

Der Mörder-Höfner-Prozess.

Berlin, 23. September.

Vor dem Schwurgericht beim Landgericht I begann unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Loff der Prozess gegen den Töchter M. Höfner und Genossen. Die Hauptangeklagten, die beschuldigt werden, den Studenten Hoff Wessel getötet zu haben, sind M. Höfner, Hilke und Rundkuff. Den übrigen 14 Angeklagten, unter denen sich vier Frauen befinden, wird teils Beihilfe zu dem Verbrechen, teils unehrlicher Waffenbesitz zur Last gelegt. Wessel, der in der W.D.M. eine Rolle spielte, wurde am 14. Januar in seinem Zimmer von Höfner erschossen. Zwischen Wessel und seiner Wirtin Salm, die sich unter den Angeklagten befindet, waren Streitigkeiten entstanden, da es Frau Salm nicht recht war, daß die Frau Wessels bei ihm wohnte. Nach einer Auseinandersetzung soll Frau Salm in ein kommunales Kofel gegangen sein und dort erzählt haben, daß Wessel kommunalistische Mitglieberten bei sich habe. Darauf wurde beschlossene, eine Expedition nach der Wohnung Wessels zu unternehmen. M. Höfner wurde telefonisch herbeigerufen.

In Begleitung der Arbeiterin Elise Cohn, die wegen Beihilfe angeklagt ist, begaben sich die Täter in die Küche der Frau Salm, wo sie ihre Pistolen luden. Die Tür zu Wessels Zimmer fanden sie verriegelt. Auf mehrmaliges Klopfen öffnete Wessel die Tür. Höfner gab Feuer und traf Wessel ins Gesicht. Die Eindringlinge durchsuchten dann einen Schrank und nahmen eine Pistole, die sie dort fanden, mit.

M. Höfners Komplexen haben sich dann die nötigen Anfordungen von funktionierenden aus dem Kofel-Verkehr heraus gefügt. Diese rieten Höfner, wenn er verhaftet werden sollte, nicht die Barre zu besetzen, sondern die Tat als Geisteskrankheit hinzustellen. Höfner wurde in der Nähe Berlins in der Villa eines Kaufmanns Sanders verhaftet. Mit Geldmitteln der Reichen Hilke brachte Sanders den Höfner in seinen Kraftwagen zur hiesigen Grenze. Als ihm drüben sein Geld ausging, schrie er nach Berlin zurück und wurde in der Wohnung eines Gefinnungsgenossen verhaftet. Das Urteil ist Ende dieser Woche zu erwarten.



Mordprozess Wessel.

Unter Bild zeigt einen Teil des Gerichtssaales, in dem über die Mörder des Nationalsozialisten Wessel das Urteil gefällt werden soll. Rechts steht die mitangeklagte Wirtin Wessels, Frau Salm.

Der zweite Tag des Wessel-Prozesses.

Berlin, 24. September.

Der Hauptangeklagte Höfner, der mehrfach vorbestraft ist, wurde am zweiten Tage des Wessel-Prozesses vernommen. Höfner bestritt die Ausführungen der anderen Angeklagten. Seine Pistole habe er in der Küche gezogen und sei dann mit Rüdiger und Rundkuff zur Zimmerin Wessels gegangen.

Er habe die feste Ueberzeugung gehabt, daß Wessel die ganze Situation erstarrte, da dieser nach seiner Tode gefügt habe. Höfner habe mit den Worten „Hände hoch!“ seine Pistole gezogen, wobei sich die Sicherung gelöst haben mußte und er verzeiglich an den Abzug gekommen sei. Wie der Einspruchsanal beweise, habe er nicht gefeuert.

Die übrige Anklage betrifft die Vorgänge nach der Tat und seine Tüchtigkeit in die Tischschloßmaki.

Nachdem er zuerst Verhaltungsmaßregeln für den Fall seiner Verhaftung erhalten habe, hatte er den Einbruch, als wollte man ihn belästigen. Ihm wurde später erzählt, daß ein gewisser Otto die Order gegeben habe, Höfner umzubringen.

Dann sei er aber im Auto nach Berlin gefahren worden. Von Höfner wird behauptet, daß der Mitangeklagte Drownitz ihm um den größten Teil des zur Verurteilung gestellten Geldes betrogen habe, was ihm von einem Polizeispiegel nach seiner Rückkehr nach Berlin verraten worden sei.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 24. September 1930.

* Die Angelegenheit des **Dübener Seidewerks** soll nun am nächsten Sonntag weiter gefördert werden durch die für 10 Uhr vorm. nach dem Stadtparkrestaurant in Düben einberufene Gründungsversammlung des Seidewerks. Auf der Tagesordnung steht als 1. Punkt: Gründung des Hauptvereins. 2. Beschlußfassung über die Satzungen. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Ortsgruppen sind bereits fest gegründet in Düben, Bad Schmiedeberg, Gräfenhainichen, Remberg und Jęgning Wittenberg, Dommitsch, Břeglich und Eilenburg werden in Kürze folgen. Die Dübener Landmannschaft in Leipzig hat sich dem Zweigverein Düben korporativ angeschlossen und voraussichtlich wird auch in Leipzig eine Ortsgruppe ins Leben gerufen werden.

* **Weitere Mittel für den Wohnungsbau im Regierungsbezirk Merseburg.** In einer Besprechung über den Wohnungsbau im Regierungsbezirk Merseburg, die zwischen dem Wohnungskommissar des Reichsarbeitsministeriums, einem Vertreter des preußischen Wohlfahrtsministeriums, dem Regierungspräsidenten von Harnack und dem Vizepräsidenten Cornel stattfand, wurde die Verwendung einer weiteren Rate von 1,25 Millionen Mark aus dem Fonds des Reiches für ein Zulagsprogramm bestimmt.

Am vergangenen Sonntag hatte die Fußballabteilung des M.F.V. Remberg sich wieder einem Gegner aus Wittenberg verpflichtet und zwar Sportvereinsliga 07/11. Nach einem flotten Spiel, in dem man deutlich sehen konnte, daß sich die Remberger in der letzten Zeit verbessert hatten, konnten sie wieder einen Sieg erringen. Mit 5:1 wurden die Wittenberger nach Hause geschickt. Halbzeit 3:0.

Gastspiel der Sommer-Operette Wittenberg. Am Sonntag, den 28. September, abends 7 1/2 Uhr, findet im Saale des Hotels „Blauer Hof“ die Aufführung der Operettennummer „Zwei Herzen im Dreiviertel-Takt“ statt. Die großen Erfolge, welche diese neue Schlager-Operette überall erzielte, sichern ihr allerorts die denkbar freundlichste Aufnahme. Die überaus amüsante und sprühenden Humor genährte Handlung ist von den neuesten Schlagern umrahmt, welche sich als größter Beliebtsein erfreuen. An dieser Stelle seien die folgenden genannt: Zwei Herzen im Dreiviertel-Takt, „Aus Du wirst mich einmal betrogen“.

„Darf ich um den nächsten Tango bitten“, „Du bist das süßeste Mädel der Welt“, „Ich hab' eine kleine, braune Mandoline“ u. a. m. Die Regie führt Spielleiter Otto Knappe. Die musikalische Leitung liegt in Händen Direktor Richard Walters'. In den Hauptpartien wird beschäftigt: Mäxi Durst, Ida Hilb, Elsa Becker, Otto Knappe, Ernst Fischer, Kurt Seelow-Böding, Karoline Baumeier. Der Vorverkauf findet wie üblich wieder in der Buchdruckerei Arnold statt. Es empfiehlt sich, Billets schon im Vorverkauf zu entnehmen.

Wittenberg. Von einem plötzlichen Tod ereilt wurde am Sonnabendvormittag die 42 Jahre alte Witwe Alwine Hilbrandt aus Bergwitz, deren Gemann schon längere Zeit tot ist. Die Frau war bei einem heißen Notar, um ihren letzten Willen aufsetzen zu lassen. Während der Verhandlungen mit dem Notar wurde sie von einem Schwärzgeißel betroffen, so daß nicht weiter verhandelt werden konnte. Durch den häßlichen Sanitätsdienst wurde die Frau dem Paul-Gerhardt-Stift zugeführt, wo deren Tod festgestellt wurde. Anschließend hat sie einen Herzschlag erlitten.

Bitterfeld. (Einen 9 1/2-pfündigen Hecht gefangen.) Ein Arbeitsloser aus Niemegk fing in der Mulde einen 9 1/2-pfündigen Hecht. Es ist das erste Mal, daß im Kreise Bitterfeld in der alten Mulde bei Döbern ein solches Exemplar geangelt worden ist. Der sechs bis sieben Jahre alte Hecht hat die beträchtliche Länge von 84 Zentimeter und einen Umfang von 35 Zentimeter.

Petersroda (Kr. Bitterfeld). Ein abgerissener Auf der Berliner Chaussee unweit der Muldebrücke verlor der Motorradfahrer Otto Kaiser von hier, einen vor ihm fahrenden hamburgischer Kraftwagen, der einen englischen Personentraktwagen freute, in schnellem Tempo zu überholen. Das Motorrad wurde von dem Stoffgürtel des entgegenkommenden Personentraktwagens gestreift und auf das Straßengestänge geworfen. Kaiser, der schon ein rechties furchtliches Bein brüch, wurde nun auch noch das linke Bein unterhalb des Knies abgerissen. Sein Kopf kam mit einem Knöchelbruch davon. Der Personentraktwagen fuhr die beiden Schwerverletzten sofort nach dem Bitterfelder Krankenhaus.

Umgruppierung im Kraftfahrwesen

Halle. Zu der geplanten Umgruppierung im Kraftfahrwesen der Provinz Sachsen erfahren wir u. a. folgendes: Eine Umgruppierung innerhalb des Kraftfahrwesens des halleischen Bezirks ist in Kürze zu erwarten, und zwar soll von der Kraftverkehr Freistaat Sachsen u. a. die Zählung der Kraftverkehrs Sachlen-Anhalt u. a. abgefloßen werden. Als Interessenten werden einmal die Kreise und Gemeinden und dann auch die Reichspost genannt. Eine Entscheidung in dieser Angelegenheit dürfte Ende dieses Monats fallen.

Halle. Durchführung der Steuernotverordnung. Zur Sicherstellung einer geordneten Fürsorge für die ausgesetzten Erwerbslosen hat die Stadverordnetenversammlung am 22. September die Einführung der erhöhten Biersteuer und der Bürgersteuer beschlossen. Weiter wird die Grundvermögenssteuer von 325 auf 350 Prozent mit Wirkung vom 1. Oktober erhöht. Zur Einführung der Getränkesteuer hat sich die Stadverordnetenversammlung wegen der mit der Durchführung verbundenen Schwierigkeiten nicht entschließen können. In Verbindung mit den Steueränderungen des Magistrats im laufenden Haushalts ist durch die Beschlüsse der Stadverordnetenversammlung weiterhin eine geordnete Finanzwirtschaft sichergestellt.

Badminton. Tüchtlich überfahren: Am Tagebau der Grube Konne verunglückte Dienstagvormittag auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle der Arbeiter Tenner tödlich. Er hat anheimelnd das Lüftungswerk eines Abraumzuges überhört und ist infolgedessen vom Zuge überfahren worden.

Saalfeld. Mühle eingestürzt. Die der Carl-Feiß-Stiftung in Jena gehörige Mühle in der Alt-Saalfelder Straße brannte aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache bis auf den Grund nieder. In dem Gebäude war ein Mühlentrieb, den der Müllermeister Fremel innehatte und eine Bäderlei, die von dem Bädermeister Schneyer betrieben wurde.

Häfen. Familientragödie. Der Kaufmann Rob. Sahn, seine Frau und ihr achtjähriges Töchterchen wurden in ihrer Wohnung mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Zerüttete wirtschaftliche Verhältnisse infolge von Schwierigkeiten, die er im Geschäftsstellen hatte, sollen die Familie in den Tod getrieben haben.

Doch Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg?

Magdeburg. Wie verlautet, soll die Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg nunmehr beschlossene Sache sein. Nach einer Blättermeldung hat der Präsident der Reichsbahnverwaltung und Handelsminister Brüning am 22. September, bei einer Unterredung, die er in dieser Angelegenheit mit dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dormmüller, hatte, erfahren, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tatsächlich beschlossene habe. „Den Bezirk Magdeburg von der Mitte der Direktoren zu trennen und daß an diesem Beschlüsse nichts mehr zu ändern sei.“ Man rechnet damit, daß die Auflösung zum 1. Oktober nächsten Jahres stattfinden wird. Zum Zeitpunkt, an dem der jetzige Präsident der Eisenbahndirektion Magdeburg, Friele, wegen Erreichung der Altershöchstgrenze in den Ruhestand treten dürfte. Es besteht die Aussicht, den Magdeburger Bezirk unter die Reichsbahndirektion Halle und Hannover aufzuteilen. Damit würden etwa 700 Eisenbahnbeamte von Magdeburg verlegt werden müssen.

In hiesigen Wirtschaftskreisen ist bekannt, daß von der Auflösung der Direktion Magdeburg die schwersten nachteiligen Folgen nicht nur für den Magdeburger Wirtschaftsbezirk, sondern auch für Mitteldeutschland, nicht zuletzt mit Aussicht auf die in der Entwicklung begriffene Erweiterung des Magdeburger Wirtschaftsgebietes durch Anbindung neuer Industrie. Man erwartet, daß es in Frage kommen wird Wirtschaftszentren, welche als Ersatz für die abgehenden Wirtschaftszentren noch zu verhindern und daß sie von der Stadterhaltung, den Behörden und von sämtlichen Magdeburger des Kreises dabei wirksam unterstützt werden.

Aushebung einer Fallmünzerverwertkiste in Magdeburg.

Magdeburg. Nachdem seit etwa Jahresfrist in Magdeburg der Umlauf fallcher Münzen auf dem Markt festgestellt worden war, ist es jetzt der Magdeburger Kriminalpolizei gelungen, eine Fallmünzerverwertkiste im Borort B u a u zu festschließen. Der Organisator des Unternehmens ist ein 61 Jahre alter Schlosser Otto M i g e l l, der noch zwei Jahre Gefängnis zu verbüßen hatte, weil er früher falsche Fallmünzengestaltung angefertigt hatte, wodurch besonders die Magdeburger Geschäftsleute ziemlich geschädigt worden war. Die Wertkiste befand sich in einem großen Schuppen einer Holzhandlung in einer Gasse verdeckt hinter Holzportalen. Der Inhaber der Holzhandlung, Paul Schulz, ist ebenso wie sein Bruder Oskar Schulz an dem Verbrechen mitschuldig. Paul Schulz finanzierte das Unternehmen, während sein Bruder Oskar der Vermittler zwischen dem Hersteller Mischells und seinem Bruder ist. In der Wertkiste wurden nicht gezeichnete, sondern gewöhnliche Fallmünzstücke hergestellt. Rund 1000 M wertiges Fallgeld und Rohmaterial wurden aufgefunden. Alle drei Schuldigen sind verhaftet worden.

Preuß.-Hödd. Klassenlotterie
Ziehung 1. Klasse 24. und 25. Oktober.
Gleiche Losanzahl wie bisher.
Gewinnsumme um 51 Millionen erhöht.
Bedeutend mehr Mittelgewinne
1/2 1/4 1/8 1/16 1/32 1/64
5.- 10.- 20.- 40.- 80.-
Messerschmidt, Staatl. Lotterieverwaltung
Wittenberg, Jüdenstr. 1
Tel. 2211
Verband nach außerhalb.

Gicht- und Rheumatrante!
können sich von ihrem qualvollen Leiden befreien durch Carl Vaders Divinalsalz. Seit Jahrzehnten 1000fach bewährt bei Gicht, Rheuma, Sifitis, Nervenleiden, Schmerztüdeln u. heilend Wirkung überaus. Zahlreiche Dankschreiben von Geheliten.
Preis 1,50 u. 3.- RM.
Apothek Kemberg.
Apothek Bad Schmiedeberg.

Zum Jahrmarkt empfehle
frisches Kind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch
frische Sülze = Fleischsalat = fr. Bratwurst
Kasseler Rippespeer, div. Aufschnitt, Kaiserjagdwurst, Moratella, Wiener Würstchen, Würstchen in Dosen, Wokwurst und Breslauer.
Richard Krausemann Nachf., Inh. Heinrich Schneider.

Dr. Thompson's Seifenpulver
..... und zum Vorwäschen besonders schmutziger Wäsche nur.
Marke Schwarz bezw. die daraus bereitete reinigungsstarke Wackpasta
Zum Waschen und Klarhülen der Wäsche Seifig Saft 15 Pfg.

Ferfel
verkauft Anfang Oktober und nimmt Vorbestellungen entgegen
Rittergut Reinharz
Alle Zeitschriften
Richard Arnold

Säcke
hat billig abzugeben
J. G. Glaubig
Speisekartoffeln
(gelbfleischige Industrie)
Kriger, Zeitziger Neum.

Chaiselongues
empfehle prima moderne
Blisch-Sofas
Auflege-Matrasen
sehr preiswert bei
Hugo Risch, Polster-Geschäft



Schützenhaus

Freitag und Sonntag
abends punkt halb 9 Uhr

Das große Ueberraschungs-Programm

Luciano Albertini in dem fabelhaften Sensationsfilm

Die Jagd nach der Million

7 gewaltige Akte voller Spannung

Hierzu das erstklassige Beiprogramm

Als besondere Attraktion

Max Schmeling

in dem großen Weltmeisterschafts-Boxkampf gegen

Sharkey

Ein Bombenprogramm

Trotz hoher Kosten **keine** erhöhten Preise

Wollen

Sie Geld sparen?

dann versuchen Sie
meine beiden guten

Margarine-Sorten

Pfund 55 ¢ und 60 ¢

und meine
hervorragende

Qualitätsmargarine

lose, Pfund **nur** 90 ¢

Ein Versuch führt zum
dauernden Kauf bei

J. G. Glaubig

Eine Leinekuh

nahе zum Kalben

steht zum Verkauf

Wittenberger Str. 5

Schützenhaus

Sonnabend ab 6 Uhr

Großer Jahrmarktsball

**Stimmung
wie immer**

Unsere Hauskapelle spielt die neuesten Schlager . . .

Wollen Sie sich wirklich amüsieren, dann bitte besuchen
Sie uns, einige frohe Stunden sind gewiß!

Küche und Büfett in anerkannter Güte

Zum Jahrmarkt

empfehle ich meine

reichhaltigen Speisen und Getränke

Um gütigen Zuspruch bittet

Ernst Bachmann

Für Herbst und Winter

finden Sie bei mir schon jetzt die richtigen
Bedarfsartikel in großer Auswahl!

Mäntel

für Kinder, Damen u. Herren

Winterjoppen — Strickwesten
Strumpfwaren

und alles andere in warmer Unterkleidung.

Wilhelm Weydanz.

Die Verlobung unserer Tochter Elfriede
mit dem Kaufmann Herrn Friß Schröder
beehren wir uns anzuzeigen

Nebra a. U., im September 1930

Hermann Röllig und Frau

Elfriede Röllig
Friß Schröder

Verlobte

Nebra a. U.

Merseburg

Ob- und Kuchenäpfel
sowie

Ob- und Korbirnen
tauft zu höchstem Tagespreis

Willy Reinecke, Anhalterstr. 15
Telefon 356

Ob- u. Einmache-Birnen
sowie

Ob- und Kuchen-Äpfel
gibt ab

Otto Braunsdorf,
Anhalterstraße 35

Offiziere billig ab Lager:

Schwefels. Ammoniak

Nitrophoska

Ammoniak-Superphosphat

Superphosphat

Kali 42%

Kainit

Thomasmehl

Dachpappe, Zement

Kalk, Rohrgewebe

Gips und Tonwaren

Otto Möbius, Bergwig.

Eine Wohnung

mit Lagerschuppen

sucht zu mieten. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Grundstück

befehend aus Wohnhaus, Stallung
und Scheune nebst anst. großem
Garten und 4 Morgen Land **so-
fort zu verkaufen.** Günstige
Zahlungsbedingung.

W. Dennstedt, Credit Nr. 108

Heide-Berein

Abfahrt, per Rad, zur **Haupt-
versammlung in Düben** am
Sonntag, den 28. September,
vormittags 8 Uhr von Buchdruckerei
Arnold. Interessenten sind herzlichst
eingeladen. **Der Vorstand.**

Hotel „Blauer Hecht“

Sonnabend, den 27. September, von nachm. 3 Uhr an

Grosser Jahrmarkts-Ball

Erstklassige Ballmusik Stark besetztes Orchester

Kalte und warme Speisen in bekannter Güte

• Biere, Weine und Liköre erster Häuser. •

Um gütigen Zuspruch bittet

Paul Günther

Räderaufbewahrung

Hotel „Blauer Hecht“ zu Kemberg.

Am **Sonntag, den 28. September 1930, abds. 8.30 Uhr**

Gastspiel der „Sommer-Operette Wittenberg“

Neuheit!

Überall größte Erfolge!

Zwei Herzen im Dreiviertel-Takt

Operette in 3 Akten von Curt Prigow

Regie: Spielleiter Otto Knappe.

Musikalische Leitung: Direktor Richard Walter.

Vorkommende Hauptfigler:

„Zwei Herzen im Dreiviertel-Takt“
„Darf ich um den nächsten Tango bitten“
„Auch Du wirst mich einmal betrügen“
„Ich hab' eine kleine, braune Mandoline“
„Ja, wenn man so eine Musik hört“
„In Wien, wo der Wein und der Walzer blüht“
u. f. w.

In den Hauptpartien: Mizzi Durst, Ida Hild, Elsa Becker, Otto
Knappe, Ernst Fischer, Kurt Seelow-Löffing, Karlheinz Baumeier.

Preise der Plätze: 1.50 1.— 0.60 Rnt.

Vorverkauf: Buchdruckerei Arnold

Es wird höf. gebeten, Karten schon im Vorverkauf zu entnehmen.

Anstands- und Tanzunterricht.

Gebe werten Eltern und Interessenten von Kemberg und Um-
gebung bekannt, daß mein Tanz- und Anstandsziel für junge
Damen und Herren am **Montag, den 29. September**
und **Montag, den 6. Oktober, 20 Uhr** im **Schützen-
haus** beginnt. Werte Anmeldungen sowie Auskunft erbitte bei
Herrn Fröhnel zu bewirken. Honorar mäßig. Für Damen
niedrige Preisberechnung.

Hochachtungsvoll

A. Dr. Gärtner-Mehner, geprüfter Tanzmeister

NB Ungenierter Einzelunterricht für ältere Damen
und Herren jeden Montag von nachmittags 5—8 Uhr in
allen modernen Tänzen.

Tänze: Foxtrott, Slow-Fox, Tango, Engl. Walz usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.

Rüchekanten

empfiehlt in reicher Auswahl

Richard Arnold

Männer-Turn-Berein

Sonntag, den 28. September, von nachm.
2 Uhr ab finden auf dem Weinberg unsere diesjährigen

Schülerwettkämpfe

verbunden mit **Waldläufen aller Abteilungen** statt,
sowie

Preisschießen und Regeln.

Von abends 7 Uhr ab beim Turnbruder Fechner

Tanz-Kränzchen.

Wir laden Freunde und Gönner herzlich ein

Der Vorstand.

Für die so herzliche Anteilnahme an dem Heim-
gange meines lieben Mannes, unseres treusorgenden
Vaters, Schwieger- und Großvaters

des Ehrenobermeisters

Johann Gottfried Krausemann

sage ich hierdurch herzlichsten Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Marie Krausemann, geb. Hammer

Kemberg, den 24. September 1930.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinung dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Auffrischtes Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abolter 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streif wußt erlicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Doppelte Petitspaltseite oder deren Raum 15 Pfg., die Doppelte Reklamenseite 40 Pfg., Rubrikgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbegeräte unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher auszugebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Laufend, zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 112

Donnerstag, den 25. September 1930

32. Jahrg

Grundstücksverpachtung.

Freitag, den 26. September, um 16 Uhr, sollen die **Strentsch-Grundstücke** an Ort und Stelle öffentlich verpachtet werden.

Kemberg, den 22. September 1930.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

In der Somajunion ist eine gegenrevolutionäre Schützlings- und Spionageorganisation aufgedeckt worden, die angeblich von einer englischen Firma finanziert worden ist.

Der Reichsminister Janusz hat ein im Ton verlesenes Schreiben betreffs der deutschen Wahlen geschrieben an den Generalsekretär des Völkerverbundes gerichtet.

Die Beratungen des Reichsfinanzministeriums zur Ausgestaltung des Sanierungsprogramms beschäftigen sich in der Hauptsache mit dem Haushaltsüberschlag des Reiches, der auf 800 Millionen bis 1 Milliarde Mark geschätzt wird.

Gegenüber alarmierenden Nachrichten in der Presse über Schäden des Dreifachbandes der Reichsbank, gefälschte Kredite und gefälschte Anleiheverhandlungen wird von zuständiger Stelle erklärt, daß kein Grund zur Panikstimmung vorhanden sei.

Handelsunkosten-Verbesserung

Weit mehr als jemals in der Vorkriegszeit spielen heute die Kosten, die die Kreditgewährung an die Kunden dem Einzelhandel verursachen, eine für die Preis- und Umlaufumsatzfaktoren des letzten Warenvertriebs maßgebende Rolle. Je schwächer die Kaufkraft des Publikums wird, desto stärker tritt an den Einzelhändler die Forderung heran, ihm Ratengablungen zuzubilligen. Diese Ratengablungsgewährung schließt ein erhebliches Risiko für die Geschäfte in sich, ohne daß durch eine Verzinsung ein Ausgleich für dieses Risiko herbeizuführen wäre. Denn wo wäre es bisher im Einzelhandel üblich, daß der Verkäufer dem Käufer eine Verzinsung der Ratengablungen vorzuschläge? Die Zinslast, soweit aus Bankkrediten der Einzelhändler die Gewährung von Kundenkrediten finanziert, bleibt auf ihm hängen, und er muß sie, will er lebensfähig bleiben, in den Warenpreis einfaktualisieren. Da aber die Bank oder der Großhändler dem Einzelhändler keineswegs ad infinitum Kredit gewährt, die Ratenkredite der Kunden aber erfahrungsgemäß zu einem nicht unerheblichen Teil nach einiger Zeit einfrieren, so werden die Betriebsmittel des Einzelhändlers immer knapper, und es fehlen ihm mit der Zeit die zum billigen Großkauf erforderlichen Kapitalien. Er muß sich jetzt bei seinen Einkäufen nach der Decke strecken und ungünstigere Bedingungen eingehen als der Konkurrent, der noch über ausreichende flüssige Mittel verfügt. Es werden somit infolge der Kundenkreditverhältnisse die Einkaufspreise für den Einzelhändler größer, so daß die Kundenkredite zum zweiten Male verteuert auf den Warenpreis einwirken.

Angedacht dieser Verhältnisse im Einzelhandel und der volkswirtschaftlich bedauerlichen, aber dennoch unlegaren Zunahme der Kreditbeanspruchung durch die Konsumenten hat man sich nach einem System umgesehen, das den Notwendigkeiten der Zeitgenossen Rechnung trägt, ohne die preisversteuernden Wirkungen der unorganisierten Kundenkredite zur Folge zu haben. Die beste Lösung die bisher gefunden wurde, stellt das System der Kreditgemeinschaften dar, zu dem sich die örtlichen Einzelhandelsbetriebe zusammenschließen, um einerseits das Risiko möglichst gering zu halten, andererseits die Kreditierung sowohl nach der Gewährung wie nach der nehmenden Seite hin zu organisieren. Die Kreditgemeinschaft untersteht einer kleinen und billigen Zentralapparatur, die bei den Erfahrungen, die mit Kreditunionen von den Einzelhandelsbetriebe der Gemeinschaft gemacht worden sind, gesammelt werden. Bei dieser Zentrale erkundigt sich der Einzelhändler, wenn ein Kunde auf Ratengablung kaufen will. Die Erkundung vollzieht sich diskret, und in wenigen Stunden erfolgt die Aushandlung der Ware, nachdem der Käufer zuvor eine Anzahlung geleistet hat, die mindestens 10 Prozent betragen muß, praktisch aber freiwillig in Höhe von durchschnittlich 30 Prozent geleistet wird. Die Ratengablungen werden auf 5 Monate vereinbart; es sei denn, daß es sich um langfristige Gegenstände handelt, bei denen Fristen von 12 bis 24 Monaten eingeräumt werden. Die Ratengablungen werden sämtlich der Gesellschaft für Finanzierung von Kreditgemeinschaften abgetreten, die ihrerseits den Kaufpreis mit 75 Prozent unverzüglich dem Einzelhändler bevorzugen. Sie bezieht auch die Einziehung der Forderungen. Ihr Entgelt besteht in einem Zinsfuß von 1 Prozent je Monat, der auf den Warenpreis auf-

geschlagen wird. Da, wie jetzt schon die Erfahrungen ergeben, der Kunde an die neutrale Instanz heranzuziehen bezahlet, weil diese sich nicht in einer Abhängigkeit von ihm befindet wie der Einzelhändler, der ihn als Kunden behalten will und muß, und da ferner der Kunde, der gleichwohl schlecht bezahlet, auf die Sperrliste der örtlichen Kreditgemeinschaft gesetzt wird, also nirgendwo mehr Kredit erhält, so fällt das Risiko für den Einzelhändler fort und damit auch der Risikozuschlag für den Kunden. Andererseits hat der Einzelhändler stets laufende Mittel. Eine zeitweilige Verzinsung tritt durch die Kundenkreditierung nicht ein, weil alsbald 75 Prozent des Kredits dem Händler wieder zur Verfügung stehen. In seinen Einkaufsmöglichkeiten ist infolgedessen das Mitglied der Kreditgemeinschaft nicht beschränkt. Es kann vielmehr seine Kapitalflüssigkeit zur Einkaufsverbilligung ausnützen und damit wiederum den Kundenkreis geringer halten.

Aus den Städten, in denen nach diesem System gearbeitet wird, verlautet, daß es sich ausgezeichnet bewährt. Immer weitere Kreise des Einzelhandels schließen sich ihm infolgedessen an. Von der Volkswirtschaftswissenschaft wird es lebhaft begrüßt, weil man von ihm erwartet, daß es den ungeordneten und gefährlichen Zuständen auf dem Gebiete der Kundenkreditierung mit

Verhandlungen mit der AEG. verpfunden habe und daß diese Verhandlungen infolge des Wahlergebnisses als gescheitert zu betrachten seien, wird mitgeteilt, daß Generaldirektor Alnor hier mit Herren der AEG. Besprechungen allgemeiner Natur gepflogen hat. Finanzfragen sind hierbei nicht erörtert worden, und die Behauptung, daß Anleiheverhandlungen gepflogen oder gescheitert seien, ist völlig aus der Luft gegriffen. Ebenso erfunden ist nach Auskunft von zuständiger Stelle die Behauptung des Mittagsblattes, daß Anleiheverhandlungen der Mercedes-Benz-Werte abgebrochen seien. Derartige Verhandlungen haben überhaupt nicht stattgefunden.

Die Sitzung des Reichsfinanzministeriums.

Keine weitere Ausgestaltung des Zigarettenmonopols.

Berlin, 23. September.

Mit der ersten Beratung der Referentenkommission, die auf Grund des vor einigen Wochen veröffentlichten Reformprogramms in der Referats ausgearbeitet worden sind, beginnt das Reichsministerium die nächste Sitzung.

In diesem Zusammenhang sind neuerdings Meldungen angefallen, daß die Reichsregierung das Zigarettenmonopol erneut zu einer stärkeren Finanzierung des Haushaltsbedarfs heranzuziehen gedenkt. Von zukünftiger Seite werden diese Mitteilungen energig dementiert.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die Meldungen über eine weitere Ausgestaltung des Zigarettenmonopols von den am Monopol selbst interessierten Stellen lanciert worden sind. Das Kabinett ist sich grundsätzlich dahin einig, daß trotz der starken finanziellen Anforderungen des bevorstehenden Winters die Steuererhöbungen nicht mehr angezogen werden soll. Immerhin tragen sich gewisse Kreise, wie der Regierung nahesteher, um der Wölsch, einpandere der schärferen Bekämpfung der Zigaretten auch Kaufkraft und Zigaretten möglicherweise noch mehr zu belaufen.

Zur Frage der Hauszinssteuer, die im Mittelpunkt der beachtlichen Finanzreform steht, verlautet von unterrichteter Seite, daß die Vorfälle innerhalb des Kabinetts hierüber noch nicht völlig einheitlich sind. Insbesondere ist man sich noch nicht völlig darüber im Klaren, wie man ungünstige Rückwirkungen auf den Baumarkt, die bei einer stärkeren Verwendung der Hauszinssteuererträge für allgemeine Verwaltungszwecke auf Grund des jetzigen Systems eintreten müssen, vermeiden kann.

Gedacht ist u. a. daran, die für Bauzwecke weiter zur Verfügung stehenden Hauszinssteuererträge etwa in der Form von Zinszuschüssen usw. zu gewähren. Jedoch sind über diesen Punkt die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Auch in der Frage der Arbeitslosenversicherung und ihrer Neugestaltung sind die Meinungen innerhalb des Kabinetts noch geteilt. Während der Finanzminister aus nachstehenden fiskalischen Gründen die Begrenzung der für den Reichshaushalt ermachenden Belastung in ihrer absoluten Höhe fordert, legt man im Reichsarbeitsministerium Wert darauf, die gegenwärtige Rechtsgrundlage der Arbeitslosenversicherung mindestens so lange beizubehalten, als die Erwerbslosigkeit in ihrem jetzigen außerordentlichen Maß fortbesteht.

Ein erwägenwerter Vorschlag

Wohlfahrtsverbände und Gemeinden.

Berlin, 23. September.

Zwei führende Kommunalpolitiker, Dr. Gärner, der Oberbürgermeister von Danzabritz, sowie Dr. Aisch, der Stadtkämmerer von Frankfurt am Main, nehmen zu der dringenden Sorge der Gemeinden, dem Problem der Wohlfahrtsverbände, Stellung. Beide Kommunalpolitiker treffen sich in der gleichen Erkenntnis, daß die Arbeitsbeschaffung für die Wohlfahrtsverbände, so wichtig die durch sie verfolgten arbeitsmoralischen Ziele sind, umso weniger aufrecht erhalten bleiben kann, als schon jetzt zahlreiche Gemeinden mit kurzfristigen und langfristigen Krediten überaus stark in Anspruch genommen sind und ihren Haushaltsplan mit außerordentlichen Zins- und Amortisationsbeträgen belastet haben.

Die neu erschlossenen Steuerquellen der Gemeinden, Bürgersteuer, erhöhte Biersteuer und Gemeindeförderungsteuer werden zwar grundsätzlich begrüßt, in ihrer finanziellen Wirkung aber aus verhältnismäßigen Gründen als unzureichend erachtet. Deshalb fangen die mit dem Deutschen Städtebund übereinstimmenden Forderungen dieser beiden Kommunalpolitiker dahin aus, die Forderung für die Wohlfahrtsverbände den Gemeinden völlig abzunehmen und statt dieser Arbeitsbeschaffung auf unbegrenzte Zeit und auf alle Berufsgruppen auszuweihen.

Das bedeutet praktisch, daß an die Stelle der Gemeinden das Reich mit der Fürsorgepflicht auch für die Wohlfahrtsverbände betraut wird, zunächst also nur eine Verlagerung der finanziellen Belastung. Die Gemeinden würden in die Lage versetzt sein, die frei werdenden Beträge des Wohlfahrtsverbands zur Senkung der Realsteuern zu verwenden, während das Reich auf die Erschließung neuer Steuerquellen zur Deckung des zusätzlichen Finanzbedarfes



Das Bild zeigt ein farbkritisches Maß, gefertigt von Renner der Verhältnisse auf 3,5 bis 4 Milliarden Mark

geschätzt. Ohne planmäßige Tilgung bzw. Konsolidierung dieser Schulden wird eine Sanierung der Gemeindefinanzen nicht denkbar sein. Die Gemeinden stehen auf dem Standpunkt, daß die Steuern, die ihnen die letzte Notverordnung des Reiches überlassen hat — Gemeindeförderungsteuer und Bürgersteuer —, zur Deckung der laufenden Ausgaben für Wohlfahrtszwecke nicht ausreicht und daß das Reich neue Mittel hierfür zur Verfügung stellen muß, wobei man in den Gemeinden in erster Linie an eine wesentliche Erweiterung der Arbeitsbeschaffung denkt.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal festgehalten werden, daß der Reichsfinanzminister unter allen Umständen jede zusätzliche steuerliche Belastung der Wirtschaft zu vermeiden wünscht. Lediglich in der Frage des Kaufkrafts und der höheren Bekämpfung der Zigaretten ist es zu gewissen Zugeständnissen bereit, die allerdings steuerlich nicht sehr zu Buche schlagen werden.

Lebte Sensationsmache.

Kein Grund für Panikstimmung.

Berlin, 23. September.

Mit den Balkenwiderständen „Dovolenbestand der Reichsbank“ gelangen — Gefährliche Kredite — Gekletterte Anleihen hält es wiederum ein Berliner Mittagsblatt für notwendig, die Öffentlichkeit damit zu beunruhigen, daß das Wahlergebnis im Wirtschaftsleben und auf dem Finanzmarkt üble Folgen gehabt hätte.

Die Tatsache, daß die Reichsbank Goldabgaben nach Frankreich vorgenommen hat, war längst bekannt. Gegenüber der Behauptung, daß der kürzlich in Berlin weilende Generaldirektor Alnor von der General Electric Anleihe-